

# Nachrichten für Naumburg

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bencha, Borsdorf, Elba, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsiebersdorf, Klinga, Köhler, Lindhardt, Popsen, Standisch, Throna usw.)  
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naumburg; es enthält Befehlsanordnungen des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr  
Bezugspreis: Monatlich ohne Auslagen 1.50 Mk., Post ohne Befehlsgeld monatlich 1.50 Mk. Im Falle höherer Gemalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vierterung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.  
Wenn nur Barbestellungen gemeldet werden, gelten daher vom 2. Jan. 1928 an die folgenden Beitragssätze:



Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Petitzeile 20 Pfg., amtliche 50 Pfg., Reklametext (3sp.) 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Aufschlag. Bei unvollständig geschriebenen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.  
Druck und Verlag: Gänge & Co., Naumburg bei Leipzig, Markt 8

Nummer 8

Dienstag, den 17. Januar 1928

39. Jahrgang

## Amthliches.

### Bekanntmachung.

#### Invalidenversicherung.

Nach dem Reichsgesetz vom 8. April 1927 (RGBl. I S. 98) sind die Beiträge für Versicherte, die einen wöchentlichen Arbeitsverdienst von mehr als 36 RM. haben, vom 2. Januar 1928 an in der neuen Lohnklasse VII (bisher noch Lohnklasse VI) mit dem Wochenbeitrag von 2 RM zu entrichten.

Wenn nur Barbestellungen gemeldet werden, gelten daher vom 2. Jan. 1928 an die folgenden Beitragssätze:

Lohnklasse	von mehr als	bis zu	Wochenbeitrag
I	6 RM	12 "	30 Pfg.
II	12 "	18 "	60 "
III	18 "	24 "	90 "
IV	24 "	30 "	120 "
V	30 "	36 "	150 "
VI	36 "	42 "	180 "
VII	42 "	48 "	200 "

\*Für Versicherte mit nicht mehr als 6 RM Wochenverdienst trägt der Arbeitgeber den vollen Betrag. Freiwillig Versicherte haben ihre Beiträge in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Lohnklasse, mindestens aber in der Lohnklasse II zu entrichten. Marken I. Lohnklasse sind für sie unwirksam.

Wenn Bar- und Sachbezüge gemeldet werden, gelten vom 2. Jan. 1928 an unter Berücksichtigung der Berücksichtigung des Wertes der Sachbezüge die folgenden Beitragssätze:

Es gehören	bei einem Barlohn bis zu monatlich		und freier Zeit (Wohnung, Feuer, Beleuchtung in be- trüblich gelegenen Dachhäusern von wenigstens 20 qm)		in Lohn- klasse	mit einem Wochen- beitrag von
	RM	RM	RM	RM		
1. Versicherte bis zu 16 Jahren, weibl. Haus- und Wirtschaftsgeldbesitzerinnen (Widwe, Witwen, in Privat- mädchen in Privat- Eidnen, Adhinnen uvm.), Aufwärter- innen, Beihilfinge.	20.—	4.61	32.—	7.38	II	60
	45.—	10.61	32.—	7.38	III	90
	72.—	16.61	32.—	7.38	IV	120
	98.—	22.61	32.—	7.38	V	150
	124.—	28.61	32.—	7.38	VI	180
	über	über	32.—	7.38	VII	200
2. das übrige weibl. u. männl. Personal (Mädchen in Haushalten, Arbeiterinnen, Arbeiterinnen, Sanatorien, Pensionisten, Anechte, Aufwärter, Kraftwagenführer uvm.)	4.—	0.92	48.—	11.07	II	60
	30.—	6.92	48.—	11.07	III	90
	56.—	12.92	48.—	11.07	IV	120
	82.—	18.92	48.—	11.07	V	150
	108.—	24.92	48.—	11.07	VI	180
	108.—	24.92	48.—	11.07	VII	200

Dresden, 5. 1. 28 Der Vorstand  
der Landesversicherungsanstalt Sachsen.

### Ruhholzversteigerung.

#### Naumburger Staatsforstrevier (Hauptrevier u. Plamitzwald.)

Donnerstag, den 19. Januar 1928, im Ratskeller zu Naumburg vorm. 9 Uhr:

89 fl. Stämme 13,26 cm = 26 fm; 5842 fl. Höhe 7/31 cm = 272 fm; 299 kl. dergl. 10,32 cm = 34 fm; 400 fl. Baumstämme 5/8 cm 3 m lang. Abl. 10, 23, 24, 33 und 42 des Hauptrevieres, 63, 66 und 72 des Plamitzwaldes. Befindlich 158 fm fl. Ruhholz vom Untereinschlagrevier Oberholz.

vorm. 10 Uhr:  
1355 eich. und eich. Höhe 9/49 cm = 100 fm. Abl. 33 und 34 des Naumburger Hauptrevieres. Das unterzeichnete Forstamt und Revierförster laden im Forsthaus Vorderplanitz bei Wurzen erlenen über die Holzversteigerung. Ruhholzaussätze unentgeltlich — auch für Oberholz — durch das Forstamt Naumburg (Bez. Leipzig) — Fernsprecher 42 Amt Naumburg. Vorherige Besichtigung der Holzgründe empfohlen.  
Forstamt Naumburg. Forstasse Grimma.

### Drohender Streik in Mitteldeutschland.

50 000 Arbeiter vor dem Ausstand.  
Der Schiedsspruch in der mitteldeutschen Metallindustrie scheint einen großen Streik zur Folge zu haben. Eine in Halle tagende Konferenz der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes erklärte den Schiedsspruch für unannehmbar, ebenso der Hauptvorstand des Verbandes. Das Tarifgebiet umfasst die Bezirke Magdeburg, Halle und Anhalt. Etwa 50 000 Arbeiter sind in den in Frage kommenden Fabriken beschäftigt.  
In der Magdeburger Metallindustrie wird zurzeit noch nicht gestreikt. Es findet jedoch in den dortigen Betrieben eine Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs statt. Man rechnet mit dem Ausbruch des Streiks, da bereits verschiedene Betriebsräte erklärt haben, daß die Belegschaften die Werke verlassen würden. In Anhalt, so in Dessau, Bernburg und Stahlfurt, ruht in den meisten Betrieben der Metallindustrie die Arbeit. Der Reichsarbeitsminister hat die Parteien zu Verhandlungen in das Reichsarbeitsministerium geladen.

# Der Kongreß der deutschen Länder

## Einheitlicher Wille im Reiche.

Ministerberatungen in Berlin.  
Montag früh gab es vor dem Reichstanzlerpalais in Berlin eine große Auffsahrt. Die große Länderkonferenz begann und die Vertreter der deutschen Länder waren erschienen, um mit den Mitgliedern der Reichsregierung zu beraten über zweckentsprechenden und zeitangemessenen Ausbau des Reiches im ganzen und im Verhältnis zu den einzelnen selbständigen Ländern. Die Tagung findet statt im historischen Saal der Reichstanzlei, in dem der Berliner Kongreß von 1878 stattgefunden hat.  
Beim Eintritt in den Saal werden die Ländervertreter vom Reichstanzler Dr. Marx und den anwesenden Mitgliedern des Reichskabinetts begrüßt. Im Saal sind vier Langische aufgestellt, an denen die Vertreter der Länder Platz nehmen. Der Querschnitt an der Stirnseite ist für den vorstehenden Reichstanzler und die Mitglieder der Reichsregierung bestimmt. Das Beratungsmaterial liegt vor jedem Teilnehmer ausgebreitet.  
Das Programm der Konferenz sieht beinahe ausschließlich folgende Punkte vor: Veränderung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern, Maßnahmen zur Bewahrung der finanziellen Wirtschaft und die Frage der Verwaltungsreformen im Reich und in den Ländern.  
An der Beratung nehmen zusammen 106 Persönlichkeiten von der Reichsregierung und den Landesverwaltungen teil. Erschienen sind sämtliche Reichsminister außer dem erkrankten Außenminister Dr. Stresemann, Reichsfinanzminister Sämisch, die Staatssekretäre der Reichsministerien, Staatssekretär Dr. Meißner in Vertretung des Reichspräsidenten, die Minister des preussischen Kabinetts mit ihren Staatssekretären, die Ministerpräsidenten der übrigen 17 deutschen Länder mit ihren Innen- bzw. Finanzministern sowie die Bevollmächtigten der Länder im Reichsrat.

## Begrüßungsrede des Reichstanzlers.

Dr. Marx hieß die Erschienenen willkommen, wies auf die historische Bedeutung des Verammlungsraumes hin, in dem 1878 der Berliner Kongreß und im November 1918 die bedeutungsvolle Aussprache mit den Vertretern der einzelnen Freistaaten unter dem Vorsitz des damaligen Reichspräsidenten und späteren Reichspräsidenten Ebert stattfand. Er skizzierte dann kurz die Aufgaben der Länderkonferenz, wobei er besonders hervorhob, daß jede Neuordnung in der Verfassung zwischen Reich und Ländern auf der Grundlage vollkommener gegenseitiger Loyalität erfolgen müsse. Es werde sich ferner vor allem darum handeln müssen, einzelnen Ländern durch Übernahme gewisser Verwaltungszweige auf das Reich zu helfen, ferner die Beseitigung der Enklaven und Exklaven mit möglicher Befreiung zu betreiben und im Reich und in den Ländern auf dem Wege umfassender Verwaltungsmassnahmen wesentliche Ersparnisse zu erzielen. Die Reichsregierung erwartet von den Beratungen ein ergiebiges Resultat und von der Aussprache eine Vertiefung und Stärkung des Bewusstseins, daß die Einheit der Nation und des Reiches unser wertvollstes und bestes Gut sei, das dem deutschen Volke aus den Stürmen der Krieges- und Nachkriegszeit geblieben sei.  
Nach geschäftsordnungsmäßigen Mitteilungen begannen zu der Frage der verfassungsrechtlichen Beziehungen zwischen Reich und Ländern die Referate und Referate. Als Redner sind hierzu vorgesehen: als Referenten der Präsident des Hamburger Senats Bürgermeister Dr. Petersen und der württembergische Staatspräsident Dr. Bazzille und als Korreferenten der bayerische Ministerpräsident Dr. Held und der preussische Ministerpräsident Dr. h. e. Brauns. Als erster Redner nimmt das Wort der Hamburger Bürgermeister Dr. Petersen.

## Sachverständigenausschuß vorgeschlagen.

Plan Dr. Petersens.  
Der Hamburger Senatspräsident sprach etwa zwei Stunden lang und kam schließlich zu dem Vorschlag, einen Sachverständigenausschuß einzusetzen, der die bisher vorliegenden Entwürfe für die Umgestaltung des Reiches durcharbeiten, eigene Vorschläge machen und sie der weiteren Beschlussfassung der zuständigen Stellen zur Verfügung stellen soll.  
Dieser Ausschuss soll zusammengesetzt sein aus Politikern, Verwaltungspraktikern, Staats- und Verwaltungsrechtlern, Vertretern der Wirtschaft einsch. der Arbeitnehmerorganisationen. Den Vorsitz soll ein Vertrauensmann der Reichsregierung und der Länderregierungen führen. Die Länderkonferenz soll die Fragen formulieren, die dem Ausschuss vorzulegen wären, und seine Arbeitsgebiete genau abgrenzen.  
Nach den Darlegungen des Referenten besteht zwar keine Abereinstimmung, doch fehlen alle Anregungen sich in folgenden grundsätzlichen Punkten einig: 1. Durchführung des demokratischen Prinzips der Reichsverfassung auch bei der Einwirkung der Länder auf die Willensbildung des Reiches. 2. Stärkung der Reichsgewalt. 3. Vereinheitlichung der politischen Willensbildung in einem einzigen Reichsparlament und damit Vermehrung der Stetigkeit in der Verwaltung des Reiches. 4. Aufbau

icoendiger unterer und mittlerer Selbstverwaltungsbezirke und Verfürgung des Instanzenweges zur Zentralregierung. 5. Neugliederung des Reiches in Gebilde, die kulturell und wirtschaftspolitisch lebensfähig sind und im Rahmen des Reiches ein Eigenleben führen.  
Ob alle diese Wege gangbar seien, erscheine schon fraglich mit Rücksicht auf die Außenpolitik und die Verschuldung des Reiches. Dr. Petersen ging die Einzelheiten der vorliegenden Vorschläge durch und besprach insbesondere den Plan der Bildung freier Reichsländer mit eigenem Landtag und eigenem Landespräsidenten. Er erklärte, daß ihm dieser Vorschlag ganz unmöglich erscheine, weil seine Voraussetzung die Aufstellung Preußens sei. Dieses müsse aber erhalten bleiben bis zum Aufgehen in einem einheitlichen Reiche.

## Die Berliner Konferenz.

Beabsichtigt die große Ministerkonferenz, die in Berlin zusammengetreten ist und die die Vertreter aller Länder mit dem Reichsministerium zusammengebracht hat, wirklich eine grundlegende Änderung der Reichsverfassung — wobei man die „Verfassung“ nicht etwa bloß so zu verstehen hat, daß damit die Weimarer Verfassung gemeint ist, sondern der gesamte staatsrechtliche Zustand, vor allem also das Verhältnis des Reiches zu den Ländern? Man wird diese Frage verneinen müssen, wenn auch auf der Tagesordnung als erster Punkt gerade die Beratung jenes Verhältnisses stand. Der entscheidende Gesichtspunkt bei diesen Beratungen ist vielmehr der finanzielle, also die Herbeiführung weitgehender Ersparnisse in der Verwaltung. Das kam besonders eindringlich im zweiten Punkt der Tagesordnung: Grundsätze einer sparsamen Finanzpolitik, zum Ausdruck, ging aber auch aus dem dritten: Technische Verwaltungsreform im Reich und in den Ländern, hervor; denn auch diese hatten das Ziel der Einsparung unndtiger Ausgaben. Die Reichsregierung wollte denn auch nach den Referaten zwei eingehende Vorschläge praktischer Art zur Erörterung stellen, diese aber in ihren wesentlichen Punkten, kurz gesagt, nur auf technische Fragen des internen Verwaltungsapparates beziehen.

Gerade um diese Konferenz aus dem Rahmen einer bloßen Besprechung herauszuheben, um aus ihr nun praktische Folgerungen ziehen zu können, hat man die Frage des Austausches der Enklaven mit auf die Tagesordnung gestellt; seitdem diese ganzen Dinge in der breiteren Öffentlichkeit diskutiert wurden, hat man nämlich gerade die Frage der Enklavenbeseitigung in den Vordergrund geschoben. Freilich aus politischen Gründen und — weil sie besonders drastisch wirken. Aber wie man sich zur Frage des Einheitsstaates stellen mag — daß die 128 Enklaven, die wir in Deutschland haben und die manchmal nur einige Quadratkilometer umfassen, nur große Kosten verursachen und daher vollständig überflüssig sind, wird niemand bestreiten. Freilich braucht man unter „Enklaven“ nicht etwa gleich beispielsweise die Pfalz zu betrachten, nur deswegen, weil sie nicht in unmittelbarer Verbindung mit Bayern rechts des Rheins“ steht. Das gleiche gilt von den Abtschtern, die kleinen mitteldeutschen Länder Schaumburg-Lippe, Waldeck und Nanhalt an Preußen anzugliedern. Formal-juristisch mögen hier in den Bestimmungen der Weimarer Verfassung gewisse Hindernisse bestehen; aber das ist nicht das Entscheidende für die Beratungen der Konferenz. Das könnte nur größere Bedeutung dann gewinnen, wenn etwa doch dadurch das Problem eines „Reichslandes Preußen“ ins Rollen gebracht werden würde. Es ist bekannt, daß es hierüber in der Öffentlichkeit gleichfalls schon zu ausgiebigen Debatten gekommen ist, aber wenn sie in der Konferenz ihren Widerhall finden würden, dann würde die politisch-staatsrechtliche Seite des Problems „Einheitsstaat“ angeschnitten werden. Und gerade das will man offenbar vermeiden, weil die Debatten dann verumutlich userlos werden würden, und zwar sicherlich auf Kosten praktischer Resultate. Die große Öffentlichkeit, namentlich die deutsche Wirtschaft drängt aber darauf, daß bei der Konferenz wirklich etwas mehr herauskommt als nur langatmige Protokolle über mehr oder weniger gute Reden.

Man wird also nicht damit zu rechnen haben, daß eine Änderung der Reichsverfassung, namentlich des Artikels 18, durch diese Berliner Konferenz in Vorschlag gebracht werden wird, besonders, da auch Süddeutschland in den letzten Wochen sich mehr oder minder scharf gegen die Tendenzen zum Einheitsstaat ausgesprochen hat. Auffallend war es ja, daß noch am vergangenen Sonntagabend in München ein Aufruf erschien, den eine große Anzahl führender Persönlichkeiten Bayerns aus allen Kreisen des wirtschaftlichen und des geistigen Lebens unterzeichnet hatte und der mit großer Schärfe das Reich Bayerns auf sein eigenes kulturelles und wirtschaftliches Leben unterstrich. Das besagt natürlich noch längst nicht, daß man sich dort nun auch gegen die Absichten der Ministerkonferenz ausgesprochen hätte, in der das Thema: Ersparnisse in der Verwaltung, behandelt wird. Gerade Bayern wird ja darauf hinweisen können, daß es in den letzten Tagen bei sich zu Hause nach dieser Richtung hin schon energische Schritte getan hat. Man durfte daher der Konferenz den Wunsch mit auf den Weg geben: Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns nun endlich Taten sehen.

# Strefemann für Rheinlanddrängung.

„Gottesfriede.“

In dem Londoner Blatte „Sunday Chronicle“ erschien soeben ein Artikel des deutschen Reichsbankministers Dr. Strefemann. In dem Artikel heißt es u. a.:

Niemand im heutigen Deutschland kämpft für die Wiederherstellung der alten Ordnung der Dinge. Die Irrtümer und Schwächen dieser alten Ordnung liegen offen zutage. Was aber große Teile des Volkes im neuen Deutschland verlangen, ist, daß das, was groß und ehrwürdig im alten Deutschland war, Achtung genieße. Für mich bedeutet Socarno einen Zustand normalen Friedens am Rhein, der begründet ist auf der feierlichen Verpflichtung der beiden großen benachbarten Nationen, auf den Gebrauch von Gewalt zu verzichten, eine Verpflichtung, die von anderen Nationen verbürgt wird durch das Versprechen, derjenigen von beiden Nationen, die trotzdem Opfer einer Gewalt werden sollte, mit den Waffen zu Hilfe zu kommen. Dieser Gottesfriede, der für ein Gebiet geschlossen wurde, das während Jahrhunderten von Kriegen verwüstet wurde, kann und sollte zum Grundstein der Zusammenarbeit zwischen beiden Mächten beim Werk der Förderung des Friedens werden. Aber eines muß gesagt werden: Die Verkörperung dieser Ideale werden schließlich nicht erfolgreich sein, wenn Jahr für Jahr fremde Dajonette auf dem Boden des Landes verbleiben, das, trotzdem es unterlegen ist, jeden Gedanken an Rache preisgegeben hat und sich dem Werte des Friedens widmet.

## Begrenzung der deutschen Kriegslasten.

Pariser Gilbert bleibt dabei.

Die Reparationskommission in Paris tagte am Sonnabend in Gegenwart des von seinem Urlaub in den Vereinigten Staaten zurückgekehrten Reparationsagenten Pariser Gilbert. Dabei hatte dieser erneut auf die Notwendigkeit hingewiesen, für Deutschland endlich eine Grenze seiner Reparationsleistungen festzusetzen. Selbstverständlich ließ dabei Pariser Gilbert den unumgänglichen Rückgriff Poincarés vom 24. Dezember auf die längst überholte Spanischsumme von 132 Milliarden Goldmark außer Betracht.

Die Agentur Economique et Financière will erfahren haben, daß Pariser Gilbert seinen früheren Standpunkt vollständig aufrechterhalten habe und daß er zu dem Punkte, ob die im vergangenen Monat aufgeworfene Frage über die endgültige Festlegung der deutschen Verpflichtungen ihn, den Generalagenten, etwas angehe, seiner Meinung Ausdruck gegeben habe, daß diese Frage ihn zweifellos berühre angesichts der Unmöglichkeit, die deutsche Wirtschaftslage wegen des Fehlens der Festlegung der Höhe seiner enormen Schuld richtig zu beurteilen. Aber die Verhandlungen wurde keine amtliche Veröffentlichung ausgegeben.

## Berlängerung des Mieterschutzgesetzes.

Bis 31. März 1930.

Im Wohnungsausschuß des Reichstages wurde die zweite Lesung des Gesetzesentwurfs zur Änderung des Mieterschutzgesetzes zu Ende geführt. Das Mieterschutzgesetz soll bis zum 31. März 1930 verlängert werden.

Aus der Aussprache ist noch hervorzuheben, daß die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei einen Antrag stellten, wonach bei Mietverhältnissen der Vermieter auf Aufhebung des Mietverhältnisses klagen kann, wenn der Raum im Verhältnis zu der Zahl der Bewohner übermäßig groß ist. Zur Begründung führte der Abg. Leopold (Dn.) aus, daß diese Änderung im Interesse der Arbeiterschaft selbst liege, da durch ihn Austauschmöglichkeiten geschaffen werden sollten. Die Vertreter der Sozialdemokraten und des Zentrums sprachen sich gegen den Antrag in der vorliegenden Form aus. Die Antragsteller zogen schließlich ihren Antrag zurück, um einen von möglichst allen Parteien getragenen Antrag für die Plenarberatungen vorzubereiten.

Es ist damit zu rechnen, daß der Reichstag den Beschlüssen des Ausschusses beitreten wird, so daß dann also der Mieterschutz bis zum 31. März 1930 verlängert werden dürfte.

## 65. Geburtstag des Reichskanzlers.

Die Feier in der Reichskanzlei.

Am 15. Januar vollendete Reichskanzler Dr. Marx sein 65. Lebensjahr. Um 12 Uhr mittags begab sich Reichspräsident v. Hindenburg persönlich in die Reichskanzlei, um dem Reichskanzler seine Glückwünsche zu übermitteln. Um 12 1/2 Uhr überbrachte Reichskanzler Dr. Hergt die Glückwünsche des Reichskabinetts, worauf Staatssekretär Weichmann, Exzellenz von Boden und der bayerische Gesandte von Preger im Namen des Reichsrates als Gratulanten erschienen.

## Offschafentag der Demokraten.

Dr. Kälig zur politischen Lage.

Unter Vorsitz von Minister a. D. Dr. Dehne fand die Tagung des Wahlkreises Ostpreußen der Deutschen Demokratischen Partei in Baugen statt. Den Hauptvortrag hielt Reichsminister a. D. Dr. Kälig. R. v. A., der in längeren Ausführungen die gegenwärtige politische Lage des Reiches erörterte. Dr. Kälig führte u. a. aus: Das hinter und liegende Jahr der Reichsregierung habe außerpolitisch irgendwelche erkennbaren Fortschritte nicht gebracht. Selbst die Zurückziehung einiger Tausend Mann aus dem besetzten Gebiet sei die nur mangelhafte Erfüllung einer bereits im November 1925 von der Völkervereinigung gegebenen feierlichen Zusage. Das Kernproblem des Völkervereinigung, die Abzählungsfrage, sei trotz der ausgezeichneten Vertretung des deutschen Standpunktes durch den Grafen Bernstorff der Lösung in keiner Weise nähergebracht worden, wohl aber sei das Weltbild an zahlreichen Stellen starke Spannungsmomente. Die kommenden Wahlen sowohl in Frankreich wie in Deutschland würden eine Volksabstimmung darüber sein, ob die Politik gegenseitiger Verhandlung in dem Willen des Volkes fundiert sei. Für Deutschland könne das Ergebnis nicht zweifelhaft sein. Hand in Hand mit der politischen Annäherung der Völker der Welt, so erklärte Dr. Kälig weiter, müsse die wirtschaftliche gehen. Der Handelsvertrag mit Frankreich sei hier gewiß ein Aktivposten, um so bewährlicher aber sei es, daß die Verhandlungen mit Polen und mit der Tschechoslowakei noch zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt hätten. Innenwirtschaftlich müsse es das Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik sein, die deutsche Wirtschaft von allen vermeintlichen Dummungen zu befreien und ein ausgeglichenes, den endgültigen Finanzausgleich bringendes Steuersystem zu schaffen.

Die innerstaatlichen Probleme der Wahlrechtsreform, der Verwaltungsreform und der Modernisierung des Beamtenrechtes, um die so viel herumgeredet werde,

# Herzog Bernhard von Meiningen †.

Im Alter von 77 Jahren.

Montag früh ist in Meiningen der frühere Herzog Bernhard, der letzte Regent des ehemaligen Herzogtums Sachsen-Meiningen, fast 77 Jahre alt, an einem Asthmaleiden gestorben. Die Leiche soll nach der Familiengruft im Schloß Altenstein bei Lad Liebenstein in Thüringen übergeführt werden.

Herzog Bernhard von Sachsen-Meiningen wurde am 1. April 1851 als Sohn des Herzogs Georg II. in Meiningen geboren. Im Jahre 1909 zum Generalfeldmarschall befördert, folgte er 1914 seinem verstorbenen Vater in der Regierung. Nach Ausbruch der Revolution verzichtete er am 10. November 1918 auf den Thron und lebte seitdem zurückgezogen auf seinen Schlössern. Herzog Bernhard widmete sich von jeher mit Eifer den schönen Künsten, insbesondere der Musik und der Literatur. Die Dresdener Universität ernannte ihn zum Ehren doktor der philosophischen Fakultät. Der Herzog war mit der 1919 verstorbenen Schwester des ehemaligen Kaisers, Prinzessin Charlotte von Preußen, vermählt; der Ehe entsproß nur eine Tochter, die mit dem Prinzen Heinrich XXX., Neuf J. L., vermählt ist.

## Reibungen im Zentrum.

Imbusch gegen Marx.

Die inneren Auseinandersetzungen im Zentrum über die Parteipolitik haben seit längerer Zeit einen ziemlich lebhaften Charakter angenommen und sind augenblicklich wieder in einer Versammlung der Arbeiterwähler des Kreises Eisen in Oberhausen heftig an die Oberfläche getreten.

Der Zentrumsabgeordnete und Bergarbeiterführer Imbusch wandte sich in einer Rede mit großer Schärfe gegen Reichskanzler Dr. Marx, dessen Befähigung aus der Führung der Partei er als nicht unerwünscht bezeichnete. Nachdem Imbusch betont hätte, die Zentrumsparterie wolle und solle eine Volkspartei sein, meinte er, daß heute in der Partei und in den Fraktionen Kreise vertreten seien, die nicht mehr in die Partei gehörten. Seit der Revolution könne man auch als Zentrumsmann einen Posten erhalten. Deshalb seien die Herren Beate, Akademiker usw. zur Partei gekommen, ohne ihr innerlich anzugehören. Auch aus der Wirtschaft sei mancher zum Zentrum gekommen, der mit ihm wenig oder gar nichts zu tun hätte. Diese Leute seien innerlich nicht Anhänger einer Volkspartei, weil sie nicht gerecht und nicht sozial seien. Den Arbeitern im Zentrum aber fehle der gebührende Einfluß. In der letzten Zeit habe er, so erklärte Imbusch weiter, zahlreiche Briefe erhalten mit der Aufforderung, eine neue Arbeiterpartei zu gründen.

Marxfeindliche Entschliebung.

Im Anschluß an die Ausführungen des Abgeordneten Imbusch wurde mit allen gegen drei Stimmen eine Entschliebung angenommen, in der die Versammlung Tadel an dem Schreiben des Reichskanzlers Dr. Marx an den katholischen Lehrerverband ausdrückt und betont, daß von dem obersten Beamten des Reiches und dem ersten Vorstehen der Partei ein anderes Verhalten hätte erwartet werden müssen. Die von durchaus sachlichen und grundsätzlichen Erwägungen getragene Stellungnahme Stegerwalds und anderer Gewerkschaftssekretäre in der Befolgungsfrage, die Herr Marx angegriffen habe, sei außer von den Arbeitern auch von weiten Kreisen des Mittelstandes und der Landwirtschaft geteilt worden. Herrn Stegerwald spreche die Versammlung ihr volles Vertrauen aus.

## Schwere Kohlenstaubezpllosion.

Sieben Todesopfer auf der Böllinger Hütte.

Auf der Böllinger Hütte entstand eine schwere Hochofenexplosion. Die glühenden Massen des explodierten Hochofens ergossen sich im Umkreis mehrere Meter weit, wodurch zwölf Arbeiter schwer verletzt wurden. Zwei Arbeiter konnten nur als Leichen geborgen werden und fünf weitere Verletzte sind inzwischen gestorben.

Die Ursache des Unglücks ist aller Wahrscheinlichkeit nach auf eine Kohlenstaubezpllosion zurückzuführen. Die Ausbesserung des Hochofens dürfte voraussichtlich bis Ende dieses Monats dauern. Durch die Explosion wurden verschiedene Rohrleitungen zerstört, wodurch die Hochofenanlage, das Stahlwerk und das Walzwerk zeitweilig völlig außer Betrieb gesetzt wurden.

## Besuch aus Amerika.

Der Bürgermeister von Philadelphia, Kendrick, wird am 19. Januar auf seiner Europareise in Bremen ein treffen und von da aus verschiedene Städte in Deutschland besuchen. Etwa vier Tage lang wird er sich in Berlin aufhalten und dann nach Dresden weiterfahren, wo er gegen den 25. Januar eintreffen wird.

könnten nur durch entschlossenes Zutreten geregelt werden. Ein „Zusatz“ in der Wahlreform müsse zu unübersehbaren Folgen führen. Das staatsrechtliche Verhältnis zwischen Reich und Ländern behrte grundlegender Nachprüfung. Eigenstaatliche Länder mit der Einwohnerzahl einer mäßigen Mittelstadt seien eine lächerlichkeit. Im Reich wie in den Ländern bedürften Zuständigkeit und Organisation der Behörden genauer Wahrung und klarer Zusammenfassung. Auch auf sozialem Gebiete seien große Probleme, die Wohnungsmot, der Kriegsschadenersatz und die Kleinrentnerversorgung, ungelöst. Wenn das Ziel auch die freie Wohnungswirtschaft sein müsse, so könne doch nur schrittweise vorgegangen werden. In der angemessenen Ersetzung der Liquidations-, Verdrängungs- und Kolonialschulden wie in der befriedigenden Verfolgung der Kleinrentner gingen die Regierungsparteien nur zaghaft und unter Einsatz unzulänglicher Mittel vor. Auf kulturpolitischem Gebiete gebe die Behandlung des Reichsausschusses durch die Regierungsparteien von einer vollkommen falschen Orientierung und Befassung aus. Bei den kommenden Wahlen, so schloß Dr. Kälig seine Ausführungen, werde das deutsche Volk die Möglichkeit haben, seine Politik selbst zu orientieren. Jedes Volk habe in der Demokratie das Parlament, das es verdiene.

## Eine Ehrenrettung des deutschen Männergefängnis.

Die Erlangprobe im Gerichtssaal.

Eine Ehrenrettung des deutschen Männergefängnis bedeutete eine Verhandlung gegen vier Mitglieder der Quartier-Vereinigung „Unterwerfer“ in Bremen und einen mit ihnen zugleich wegen ruhelösenden Wärmes angeklagten Wastwir. Im Sommer vergangenen Jahres hatten die vier Gesangsbrüder noch Beendigung der monatlichen Lebensstunden ihren Freund, den desglagten Wirt, in seiner Restaurations aufgeführt, einestells, um die trockenen Reben anzuschauen, anderenteils, um dem Freund einen Besuch abzugeben.

# Wiedereröffnung des Sächsischen Landtags.

Die ersten Arbeiten.

Dienstag nimmt der Sächsische Landtag seine Verhandlungen wieder auf. Die Tagesordnung der ersten Sitzung enthält in der Hauptsache Anträge, die sich mit den Verhältnissen der Reichseisenbahn im Bezirk Sachsen beschäftigen. Die Volkspartei beantragt den Bau neuer Linien von Adorf nach Hof und von Leipzig nach Zeuna. Andere Anträge beziehen sich auf die um die Weihnachtzeit beobachteten auffälligen Erhöhungen des Eisenbahnverkehrs besonders auf sächsischem Gebiet.

Neben einer ganzen Flut von Anträgen, die in der Hauptsache von den Oppositionsparteien stammen, liegen dem Landtag zurzeit wichtige Gesetzesentwürfe zur Beratung vor. Der eine betrifft den Gebietsaustausch zwischen Sachsen und Thüringen. Es soll eine Anzahl Entlassungsgemeinden ausgetauscht und doppelstaatliche Gemeinden vereinheitlicht werden. Es ist anzunehmen, daß sich im Landtage keine Gegenbestrebungen geltend machen werden. Dagegen dürften Wünsche auf weitergehende Grenzvereinigung laut werden. Der thüringische Landtag im Frühjahr, der bis an die Stadtgrenze von Weimar reicht, wird in Weiskirchen vielfach als reis bezeichnet, dem Lande Sachsen zuzufallen.

Es steht zu erwarten, daß dem Landtag etwa Ende Januar der Staatshaushaltplan für das Jahr 1928 vorgelegt werden wird. Im Zusammenhang damit dürfte die Denkschrift des Präsidenten zum Sächsischen Staatsrechnungshof zur sächsischen Verwaltungsreform besprochen werden. Gegen Einigung der zum Sozialdienst bestimmten Organe wenden sich bereits berufene Stellen der Gewerkschaftsrichtungen.

Die Ausschüsse des Landtages nehmen nach der ersten Plenarsitzung ihre Verhandlungen ebenfalls wieder auf. Der Rechtsausschuß wird in erster Linie das Polizeibeamtengesetz zu beraten haben. Es zielt darauf ab, u. a. das Ausbildungswesen, die Rechts- und die Angelegenheitsverhältnisse in der Polizei zu regeln und zu vereinheitlichen. Das Gesetz findet auf die Vollzugsbeamten der staatlichen Ordnungspolizei, der Landgendarmarie und Kriminalpolizei, sowie im gewissen Umfang auf die Gemeindepolizei Anwendung. Das Gesetz zur Abänderung der Bestimmungen über die Sächsischen Landespfandbriefankasse liegt dem Rechtsausschuß ebenfalls zur Beratung vor. Hier wird anstrebt, den Gesamtbetrag der umlaufenden Pfandbriefe von 50 auf 75 Millionen Mark zu erhöhen und die Beleihungsmöglichkeiten wesentlich zu erweitern. Hiermit soll den Kreditbedürfnissen wirtschaftlicher Unternehmungen Rechnung getragen werden.

Der Haushaltsausschuß A wird sich mit Fragen des Jugendschutzes und der Kriegsschadensfürsorge zu beschäftigen haben. Ein weiterer ihm zur Beratung überwiesener Antrag betrifft die sächsische Ausführungsverordnung zum Reichsgesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Darüber hinaus sind durch die Haushaltsausschüsse mehrere Anträge zu erledigen, die sich auf die Landwirtschaft, ihre Verbesserung und Förderung beziehen. So fordert ein volksparteilicher Antrag Maßnahmen und Mittel zu intensiveren Bodenverbesserungsarbeiten.

## Es fehlen 50000 Wohnungen.

Die deutschen Mietervereine in Dresden.

In Dresden tagte der Reichsausschuß des Bundes Deutscher Mietervereine e. V. (Sitz Dresden). Die Tagung war aus allen Teilen des Reiches stark besetzt. Neben organisatorischen Fragen wurde besonders Stellung genommen zu den diesjährigen Wahlen. Der Bund will besonders die Wohnungsfrage in den Vordergrund des Kampfes stellen und dafür erhebliche Mittel aufwenden. Weiter nahmen die Reichsvertreter des Bundes Stellung zur Wohnungsfrage, insbesondere zu der jetzt dem Reichstag vorliegenden Novelle zum Mieterschutzgesetz. Die Beratungen fanden ihren Niederschlag in nachstehender Entschliebung:

Die aus allen Teilen des Reiches am 14. und 15. Januar 1928 in Dresden versammelten Landes- und Provinzialverbandsvorsitzenden des Bundes Deutscher Mietervereine e. V. (Sitz Dresden) wenden sich nochmals vor Verabschiedung der Novelle zum Mieterschutzgesetz an Reichsrat und Reichstag mit der dringenden Bitte, die Verschlechterungsnovelle der Reichsregierung abzulehnen. Von der Reichsregierung wird erst in den letzten Tagen selbst darauf hingewiesen, daß in diesem Jahre vermutlich nur 150 000 Wohnungen

erstellt werden können, das sind 50 000 weniger, als erstellt werden müßten, um nur den laufenden Bedarf zu decken. Die Wohnungs- und Raumnot wird danach also weiter steigen. Deshalb ist es unbegreiflich, wie angesichts dieser Tatsache die Reichsregierung die Notlage der Mieter mit ihrer Novelle zum Mieterschutzgesetz noch mehr zu steigern beabsichtigt. Auch die bereits jetzt schon hierzu vorliegenden Einsprüche vieler Gemeinden bewirken aus der Praxis heraus das Gefährliche der Gesetzesvorlage. Die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft bitten darum einmütig Reichsrat und Reichstag um Schutz.

Wie das meißens die Sängerbundgenossen der Fall ist, fand die Begründung in Form des Gesanges statt, und zwar erklang das Niederländische „Belcanto“. Leider fand dabei die Wühlar der Wirtschaft offen, und es war inzwischen 23,30 Uhr geworden. Im Begriffe, die Tür zu schließen, deren Öffnung durch die laue Sommernacht hervorgerufen war, trat der Wirtin ein runderer Polizeiwachmann entgegen, der die Sache als ruhelösenden Wärm aufgab und in seiner Anlieh noch durch verließ. Nachbarn unterstützt wurde, die da behaupteten, es wäre „gegröhlt“ worden. Nachdem die Personalien der Beteiligten festgestellt worden waren, war der erste Akt beendet. Dann wurde der Wirt als Erfolg der erhaltenden Anzeige zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt, der dagegen Berufung einlegte, jedoch die ganze Angelegenheit vor Gericht zum Auszug kam.

Nachdem der Richter die Beschlusssätze vernommen hatte, kamen die Entlassungsgenossen zu Worte, zu denen auch die vier Gesangsbrüder gehörten. Nach erfolgtem Bericht über die damaligen Vorgänge wurden die vier Sängler fast am Schluß der Verhandlung vom Richter aufgelöst, das Niederländische noch einmal zu vorzutragen wie damals. Die Sängler traten auf das erhöhte Richterpodium, und durch den nächsten Gerichtsakt klang von den geschulden und prächtigen Männerstimmen gelungene des Belcanto:

Wo die Welter rauscht,  
wo die Erde blüht,  
vom Bar bis zum Nordmeer  
Soll dir zu deuliches Lied.“

Richter, Staatsanwalt, Zeugen und Verteidiger nahmen die Darbietung mit großem Beifall auf. Der Richter dankte den Sängern für das Lied und erklärte dem Ankläger gegenüber, daß die Verurteilung wohl allgemein jetzt vorhanden sei, daß dieser Gefangene nicht unter den Begriff „Gedulde“ falle. Er wünschte, daß in allen deutschen Landen das deutsche Lied so zum Vortritt und Ausdruck kommen möge, wie es hier gelöhnt sei. Dann beantragte der Staatsanwalt Freisprechung, die das Gericht nach kurzer Beratung verhandelte.

# Sächsisch

Sonnenaufgang  
Sonnenaufgang  
1871  
proklamation

Das Wort  
dann es ist  
solcher Inven  
rath wieder  
geht um Höhe  
und mit seine  
so doch alle  
fort, was im  
dann besten  
moralischen  
mühte. In  
jemand, daß  
Familie einer  
Die Familien  
was nach ihre  
an Fehlern be  
dann die Sün  
alle hätten sic  
anders zu ma  
sädeln und fle  
gesehen und fo  
Spiel steht oft  
der moralische  
und man brau  
Jeder von uns  
ein bißchen in  
das ist gleichg  
finden, wovon  
werden müßte  
„Besserung gel  
auch halten.  
ganze Seelen  
schönen Tages  
heigen, sich  
Bankrott zu

Steuerliche  
Bis zum  
rung abzuge  
Rörperschafts  
schaftsjahr al  
sachliche Ausf  
treibende und  
Wirtschafts  
Botschaften  
gemacht wer  
der Reichsfin  
führenden U  
einschließlich  
jahr 1927 den  
schreitet, son  
1927 Vorausz  
richtet haben,  
steuerliche  
mung dürfte i  
wertbetriebe  
rung befreit

□ Sonntag  
bereits seit l  
Öffentlichkeit  
Beginn des lo  
mäßigen Sonn  
und Berlin—  
Gesellschaft  
etwa 6 1/2 h  
bereits im La  
Passagier- und  
mit einer reg  
wird rechnen

„Antwort  
Frauen pfleg  
zu geben.“  
Eine gl  
Augen gelte  
ihnen ein bo  
Dieser J  
Kind, ein un  
von der Trag  
„Du sieh  
als wenn ich  
draht, und ic  
sollt.“ verfu  
sonn führte D  
Sie drack  
„Verzeih  
ich — ich da  
Stadt begleite  
Das We  
„Weshal  
Er sah ih  
Augen in da  
klang bang  
Sie fenkt  
nach seiner  
„Ja —  
mit tränener  
Ulrich, lieber  
Seine W  
hingen mit  
suchenden An  
hatte er unla  
aber auch ein  
Erkenntnis ih  
pöhllich die  
ein guter Eng  
offenbart, ehe

# Sächsische und Lokale Mitteilungen.

Raunhof, den 17. Januar 1928.

Wertblatt für den 18. Januar.	
Sonnenaufgang 7 <sup>27</sup>	Mondaufgang 12 <sup>27</sup>
Sonnenuntergang 16 <sup>27</sup>	Monduntergang 19 <sup>27</sup>

1871 Gründung des Deutschen Reiches durch die Kaiserproklamation von Versailles.

## Seelische Inventur.

Das Wort „Inventur“ ist uns jetzt gerade sehr geläufig, denn es ist die Zeit der Inventurausverkäufe. Aber von solcher Inventur, die uns leicht um die Ohren schwirrt, doch rasch wieder vergessen wird, soll hier nicht die Rede sein. Es geht um Echteres, um eine Inventur, die jeder mit sich selbst und mit seinen Nächsten vornehmen sollte, wenn nicht öfter, so doch alle Jahre einmal, um sich Rechenschaft zu geben von dem, was im Laufe der zwölf Monate geschehen ist und was fortan besser gemacht werden könnte, um festzustellen, was an moralischen Werten vorhanden ist und was ergänzt werden müßte. In einem deutschen Blatte erzählte dieser Tage jemand, daß er am Silvesterabend in einer ihm befreundeten Familie einer solchen moralischen Inventur beigewohnt hätte. Die Familienmitglieder hätten auf Zetteln aufgeschrieben, was nach ihrer Kenntnis die andern im Verlauf des Jahres an Fehlern begangen hätten, bewußt oder unbewußt. Es seien dann die Sündenregister schonend durchgenommen worden und alle hätten sich und den andern gelobt, es im neuen Jahre anders zu machen. Viele werden über solche Seeleninventur lächeln und sie für ein simples Spielzeug erklären wie Bleigießen und so. Aber selbst, wenn es dies wäre — auch im Spiel steckt oft ein tiefer Sinn. Und dann braucht man ja mit der moralischen Inventur nicht erst auf Silvester zu warten, und man braucht auch nicht die ganze Familie heranzuziehen. Jeder von uns hätte wohl Gründe, sich von Zeit zu Zeit selbst ein bißchen ins Gewissen zu reden, ob vor oder nach Silvester, das ist gleichgültig. Und jeder wird in und an sich etwas finden, wovon er selbst einseht, daß es fortan besser gemacht werden müßte. Aber es darf dann natürlich nicht bei dem „Besserung geloben“ bleiben, man muß vielmehr das Gelübde auch halten. Sonst ist es wirklich schon besser, man läßt die ganze Seeleninventur bleiben. Nur daß man dann eines schönen Tages, wenn die seelischen Rechner die Rechnung überlegen, sich genötigt sehen könnte, den eigenen moralischen Bankrott zu erklären.

## Steuerliche Erleichterung für Kleingewerbetreibende.

Bis zum 15. Februar d. J. ist die Umsatzsteuererklärung abzugeben. Wie bei der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer gilt für Betriebe mit einem Wirtschaftsjahr als Steuerabschnitt das Wirtschaftsjahr, für alle übrigen Betriebe das Kalenderjahr. Für Gewerbetreibende und Berufstätige ist, soweit sie Bücher nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches führen, das Wirtschaftsjahr der Zeitraum, für den regelmäßig Abschlüsse gemacht werden. Um die Finanzämter zu entlasten, hat der Reichsfinanzminister in einem besonderen Erlaß an die Präsidenten der Landesfinanzämter die nicht buchführenden Umsatzsteuerpflichtigen, deren Gesamtumsatz einschließlich der etwa steuerfreien Umsätze im Kalenderjahr 1927 den Betrag von 10 000 Reichsmark nicht übersteigt, sowie die Umsatzsteuerpflichtigen, die im Jahre 1927 Vorauszahlungen in gleicher Höhe wie für 1926 entrichtet haben, von der Abgabe der Umsatzsteuererklärung befreit. Durch diese Bestimmung dürfte in erster Linie die Mehrzahl der kleinen Gewerbetreibenden von der Abgabe der Umsatzsteuererklärung befreit sein.

□ **Sonntagszüge nach Wien und nach Paris.** Einem bereits seit längerer Zeit lebhaft geäußerten Wunsch der Öffentlichkeit folgend, wird die Deutsche Luft Hansa mit Beginn des kommenden Sommerluftverkehrs einen regelmäßigen Sonntagsdienst zunächst zwischen Berlin—Paris und Berlin—Wien in Gemeinschaft mit den ausländischen Gesellschaften einrichten. Diese beiden Fernstrecken, die in etwa 6½ bzw. 3½ Stunden durchfliegen werden, hatten bereits im Laufe des vergangenen Sommers eine starke Passagier- und Güterfrequenz zu verzeichnen, so daß man mit einer regen Benutzung der beiden Sonntagszüge rechnen darf. Zum Einsatz gelangen auf beiden

Stimmen mehrmotorige mit Funkentelegraphie ausgestattete Großflugzeuge. Diese Maßnahme stellt den Anfang eines allgemeinen Sonntagsluftverkehrs dar.

**Raunhof.** Heute abend 8 Uhr kommt der Gesangsverein „Concordia“ zur Hauptversammlung im Hotel „Stadt Leipzig“ zusammen. Alle aktiven und passiven Mitglieder werden pünktlich erwartet. Der Vorsitzende hat seine Hauptversammlung morgen Mittwoch abends 8½ Uhr im Goldenen Stern ab. Außerdem veranstaltet der **Deutscher Beamtenbund, Ortsverband Raunhof**, am Mittwoch um 8 Uhr abends einen Familienabend im Rathshaus.

**Raunhof.** Den im Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerehrenträger organisierten Kriegssopler Raunhofs und Umgebung wurde in der am 11. d. Mon. stattgefundenen, sehr gut besuchten Jahreshauptversammlung Bericht über das vergangene Geschäftsjahr 1927 gegeben. Der 1. Vorsitzende, Amt. Paul Schiller, gab durch seinen Tätigkeitsbericht zu erkennen, welche gute Fortschritte die Gruppe auch im vergangenen Jahre zu verzeichnen hatte. Die Mitgliederzahl stieg von 94 auf 103, ein Zeichen, daß die Raunhofsopler wissen, daß der Reichsverband ihre Belange jederzeit und in jeder Hinsicht in ausreichendem Maße vertritt. Ein umfangreicher Briefwechsel mit zahlreichem Beifrieden und für viele Mitglieder erhaltene Erträge in Verforgung und Fürsorge zeugten von der unermüdlichen Tätigkeit des Vorsitzenden. Auch der kurze, dafür aber um so gehaltvollere Bericht des Kassierers, Amt. Erich Seifert, zeigte, daß die Gruppe auch finanziell gut gestellt wird. Es konnte trotz Unterfügungen bedürftiger Mitglieder ein namhafter Kasseeinbruch gebucht werden. Kein Wunder daher, daß die als Gast anwesende Kreisleiterin, Ambin Adhneri aus Leipzig, der gesamten Drisgruppenleitung für umsichtige und vorbildliche Geschäftsführung den Dank des Kreises aussprechen und betonen konnte, daß die Gruppe Raunhof mit zu den am besten geleiteten Gliederungen des Reichsverbandes zählt. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes ergab dann auch die einstimmige Wiederwahl aller bisherigen Funktionäre. Der hierauf von der Ambin. Adhneri gehaltenen Vortrag über Vorgeschichte und Auswirkung der 5. Novelle zum Reichsversorgungsgesetz ließ in treffenden klaren Sätzen erkennen, mit welchen Schwierigkeiten dieses Mal die Organisationsstellen zu kämpfen hatten und wie es nur durch Ausbittlung aller verlässbaren Kräfte gelungen ist, den Widerstand der Regierungsparteien und besonders der Reichsregierung wenigstens in einigen Punkten zu brechen. Der vom Reichsverband eingebrachte Entwurf mit seinen programmatischen Forderungen fand anfangs stärkste Ablehnung, durch unermüdliches Bearbeiten einzelner Abgeordneter des 17er Ausschusses des Reichstages durch unsere Verbandskolonnen, gelang es, ihn in wesentlichen Teilen, wenn auch vorläufig noch nicht vollständig, zur Annahme zu bringen. Der so stark angelegte Entwurf wurde dann zuletzt als eine wohlüberdachte, gute Arbeit bezeichnet. Beschl. löste die Mitteilung aus, daß der durch seinen Starren bekannte „Stellvertreter“ der Kriegsopfer nach Bayern verlegt wurde. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde eine Reihe wichtiger Tagungen bekannt gegeben und verschiedene interne Angelegenheiten erledigt. Alle noch nicht organisierten Kriegsopfer Raunhofs fordern wir auf, sich den um ihre Wohlfahrt besorgten, oft genug verpöbelten Reden kämpfenden Kameraden und Kameraden anzuschließen und den geringen Monatsbeitrag nicht zu scheuen. Der Verband gewährt ausreichende, sorgfältige Unterstützung in allen Verforgungs- und Fürsorge-Angelegenheiten, jede Art Vertretung vor den Behörden, Bierbegleit usw. Anmeldungen an Amt. Paul Schiller, Raunhof, Leipziger Straße, erbeten, der auch bereitwillig Auskunft erteilt.

**Raunhof.** Am Freitag hielt die Tennisabteilung des Sportvereins Raunhof ihre Jahresversammlung im Rathshaus ab. Aus dem Jahresbericht des Obmanns, der sich vorwiegend mit dem Spielbetrieb befaßte, wäre die neue Rangliste besonders zu erwähnen. An ihrer Spitze stehen auf Seiten der Herren Herr Dr. Zales, auf Seiten der Damen Frau Wagner. An den Bericht des Kassierers schloß sich der Hauswart, der eine Erhöhung der monatl. Beiträge von 3 auf 4 Mk. für Jugendkinder und 2 auf 2,50 vorschlug. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, wobei von verschiedenen Seiten beklagt wurde, daß keine Tennisvereinigung bei gleichen Leistungen so billig arbeitet. Die Wahlen ergaben die Wiederwahl des bisherigen Ausschusses. Weitere Verbessierungen der Tennisplätze wurden beschlossen, von einer geplanten Vergrößerung mußte für dieses Jahr Abstand genommen werden. Im ganzen ergab sich ein vorteilhaftes Bild von dieser jüngsten Abteilung des Sportvereins, die heute 45 Mitglieder hat und einem weiteren Aufstieg im Jahre 1928 mit besten Hoffnungen entgegengehen kann.

**Raunhof.** Im Rahmen der Monatsversammlung, die jeden 2. Sonnabend jeden Monats stattfindet, beging am 14. Januar der 1859er Militärverein eine feierliche Weihnachtsfeier. In weiser Voraussicht, weil diese Veranstaltung sich immer eines großen Zuspruchs erfreut, so, daß die unteren Räume des Rathshauses zu beengt waren, hatte sich der Vergnügungsvorstand den Rathshauskeller dafür gesichert. An langen Tischen hatte die freudstrotzende Festgemeinde beim brennenden Lichterbaum Platz genommen und trotz erhaltener die lieblichen alten Weihnachtslieder, begleitet von einer belebenden Klavier- und Orgelmusik, von Kamerad Fritz Blohm geleitet. Von seiner Gewohnheit, die Monatsversammlung als solche richtiggehend geschäftsmäßig zu eröffnen und kurz zu erledigen, ging

der korrekte Vorleser, Herr Tag, aber auch diesmal nicht ab. Es lag dem Vetter des Vereins jedenfalls daran, aus den Eingängen auf die Bundesbescheide, auf eine Einladung des Militärvereins Besuche zu seinem am 21. Januar stattfindenden Stillsitzfest, und auf einen nicht von der Hand zu weisenden Antrag des Militärvereinsbundesbezirk Vorna besonders hinzuweisen, welcher folgenden Wortlaut hat: „Das Militärvereinsblatt, der Kameradenkalender und eine Begrüßungsbeilage von Mk. 100.— für jeden verstorbenen Kameraden sind aus Bundesmitteln zu gewähren. Zu diesem Zweck ist die Bundessteuer zu erhöhen. Der Bund wird gebeten, zur Bundeshauptversammlung in Annaberg entsprechende Berechnungen und Vorschläge zu machen.“ — Die weihnachtliche Stimmung mit den vielen schönen nützlichen Gaben, und den extra großen knulprigen Brautwürsten von Kamerad Otto Mebel, und dem billigen Freibier, erfüllte dankbar die Herzen der Teilnehmer. Wiederholt hatte aber auch der Vergnügungsausschuß gearbeitet für das vorreffliche Gelingen des Abends, an der Spitze Kamerad Friedemann jun., der in Kamerad Karl Mischewitz, Volte Mischewitz, Marita Remus, Walter Just und Gerhard Schöner verdienstvolle Mitwirkende zur Seite hatte. Sehr spät leider, als bereits eine große Anzahl den Saal verlassen hatte, gegen einhalb ein Uhr, konnten sich sogar noch die Tanzbeine über den Saal bewegen. Eine sehr gut gelungene Monatsversammlung, wie solche immer ausfallen müßten, hätte ich in diesem Verein mit erlebt.

† **Ordnung bei der Bahnfahrt.** Unfland und gute Sitten lassen heute im öffentlichen Verkehr monatelang viel zu wünschen übrig. So wird von Reisenden darüber geklagt, daß die Sitzbänke in den Personenzügen beschmutzt werden. Das Auslegen der Sitze auf die Sitzbänke ohne Unterlagen (Zeitungen, Decken usw.) ist unzulässig. Die Zugkassierer sind berechtigt, gegen solche Verhältnisse einzuschreiten und bei festgestellter Beschmutzung der Sitzbänke eine Reinigungsgebühr von 3 Mark zu erheben.

† **75 Jahre „Die Gartenlaube.“** Mit dem Jahreswechsel konnte „Die Gartenlaube“ ihr 75jähriges Bestehen feiern. Die 75jährige Welterbende findet ihr Jubiläum bei allen Kreisen des Bürgertums in der Heimat, wie auch bei den Deutschen im Auslande, ist doch fast in jeder im Elternhaus oder bei Verwandten und Freunden mit ihr bekannt und vertraut geworden. Auf eine solche Geschichte kann „Die Gartenlaube“ zurückblicken. Sie war das Vorbild für eine neue Zeitschriftenart — die Familienzeitschrift, die sich dann in verschiedenen Arten und Richtungen entwickelte. Die besten Stübe der Vergangenheit und Gegenwart zählten zu ihren Mitarbeitern. Immer war und ist „Die Gartenlaube“ zeitgemäß, weiß sie das Lieberleser mit dem Neuen zu vereinen. Das Geheimnis ihres Fortdauern und ihrer Beliebtheit durch drei Generationen liegt darin, daß sie dem anspruchsvollen wie auch dem einfachen Sinn nahe bleibt, alt und jung ein Sammel- und Ruhepunkt ist.

† **Brandie.** Gegen 4 Stimmen wurde Bürgermeister Rehm als Stadtvorstandsvorsitzender wiedergewählt. — Stadtvorstandsvorsitzender wurde Stellvertreter und Obersekretär Hermann Schrifflinger. — Die Stadtvorordneten bewilligten RM. 60 als Ehrengehalt zum 100jährigen Jubiläum der technischen Hochschule in Dresden. Dem Gefäßgesellschaften werden zu jeiner vom 28. bis 30. Januar stattfindenden Ausstellung RM. 30 für einen Ehrenpreis bewilligt. — **Burgun.** Zur Bekundung und Förderung der deutschen Gefäßgesellschaft veranlaßt der Verein für Gefäßgesellschaft und Vogelkudung vom 21. bis 23. Januar in den heißen Räumen des Schützenhauses eine 21. allgemeine große Gefäßgesellschaft, mit der eine Verlosung unter behördlicher Aufsicht verbunden ist. Nichtmitglieder können ausstellen und ihre Tiere bewerten lassen. Es liegt schon eine große Anzahl Anmeldungen vor.

† **Liebertwolkwitz.** Ein Unfall übertraf alle am vergangenen Mittwoch den im Leipziger Hauptbahnhof beschleunigt und hier wohnhaften Blaser Arbeiter. Bei der Ausübung seines Berufes stand A. auf einer etwa 8 m hohen Leiter, die abwärts und A. mit in die Tiefe rief. Bei dem Sturze zog er sich mehrere äußere Verletzungen zu. Er scheint auch innere Verletzungen erlitten zu haben, deren Umfang aber noch nicht bekannt ist.

† **Bad Lauscha.** Herr Bürgermeister Lange ist von 211 Bewerbern zum Kurdirektor und Gemeindevorsteher der Nordseeinsel Helgoland gewählt worden. Herr Bürgermeister Lange beendet mit Ablauf dieses Monats seine erste Wahlperiode in unserer Stadt. Er trat hier, von A. abgelöst kommend, sein Bürgermeisteramt am 1. Februar 1922 an. Die Zahl der Badgäste Helgolands betrug im letzten Sommer rund 40 000, die Zahl der Passanten (Ein- und Ausreisende) über 100 000. Die Entscheidung, ob Herr Bürgermeister Lange die Wahl annimmt, wird in der nächsten Zeit fallen.

† **Leipzig.** (Neueinweihung der Leipziger russischen Kirche.) Die russische Alexei-Bedächtisnische, die nach Überwindung unsäglich Schwierigkeiten im Verlauf der letzten Monate durch Renovierungsarbeiten vor dem vollständigen Verfall gerettet werden konnte, wird am 29. Januar, vormittags 10 Uhr, durch den Metropolitan von Europa, Eulogios-Paris, eingeweiht werden.

† **Leipzig.** (Versicherungsbetrug.) Vom Großen Schöffengericht in Leipzig ist der Kassierer Arno Kruse wegen Unterschlagung und Untreue zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Eine

## Auf Irrwegen

Roman von M. Schall.

(Fortsetzung.)

[29]

„Antwort will ich haben,“ keuchte er atemlos, „ehrdare Frauen pflegen nicht in das Zimmer unverheirateter Männer zu gehen.“

Eine glühende Rote übergoß ihr Angesicht und ihre Augen zeigten einen so entsetzten Blick, als öffne sich vor ihnen ein hobenloser Abgrund.

Dieser Blick entwarfnete seinen Zorn; Rita war ein Kind, ein unschuldiges unwissendes Kind, das keine Ahnung von der Tragweite seines Schrittes hatte.

„Du siehst mich ja mit Augen an, so voll Todesangst, als wenn ich ein wildes Tier wäre, das Dich zu verschlingen droht, und ich bin doch Dein Gatte, dem Du vertrauen sollst,“ versuchte er sie zu besänftigen. „Also, nun sprich, was fährte Dich dorthin?“

Sie brach in Tränen aus.

„Verzeih mir, Ulrich,“ stammelte sie, „und zürne nicht, ich — ich hat Arvin, er möge die Majorin und Dich zur Stadt begleiten, ich —“

Das Weitere erkundete in heftigem Schluchzen.

„Weshalb, Rita, weshalb?“

Er sah ihr mit wunderbarem Aussehen der dunklen Augen in das tränenerfüllte Antlitz und seine Frage klang bang forschend.

Sie senkte erglühend das Köpfchen und haschte stehend nach seiner Hand.

„Ich — kann — es nicht sagen,“ flüsterte sie leise mit tränenerfüllter Stimme, „o, verzeihe mir doch, lieber Ulrich, lieber Ulrich!“

Seine Arme sanken schlief herab und seine Augen hingen mit seltsam abdtendendem Ausdruck an ihrem schmerzsuchenden Angesicht. Und diesem engelreinen Gesichtspfeil hatte er unlautere Absichten angetraut? Zugleich strömte aber auch ein unsagbares Glücksgefühl in sein Herz, dessen Erkenntnis ihn fast blendete. Wie ein Rausch kam unerbittlich die Bewußtheit über ihn: Rita hatte ihn lieb, und ein guter Engel hatte ihm noch in letzter Stunde dieses offenbart, erge er ihrer Liebe unwert geworden.

Er umfing plötzlich die Gestalt seines jungen Weibes mit fester Inbrunn.

Sie sahle einen leidenschaftlichen Ruf auf ihren Lippen, ihr Ohr vernahm die leise geflüsterten Worte:

„Verzeih Du mir, Geliebte, daß ich an Dir zweifeln konnte, und vertraue mir, unser Blick ruht in sicherer Hand.“

Dann war sie allein. Ihre Tränen versiegten, und ihre Wangen brannten plötzlich in dunkler Glut. Fast taumelnd lehnte sie sich fester gegen das Fenster; sie hätte aufschreien mögen in stürmischem Jubel.

Was das Wunder denn wirklich geschah, war es kein herrlicher, holder Traum? Sie hatte sich wirklich Ulrichs Liebe errungen?

O, dieses unermeßliche, unsagbare Glück! Sie drückte die Hände gegen das wildpochende Herz und schante dann hinaus.

Unten half eben Ulrich der Majorin in den Wagen; wie bestrichend ihre Augen leuchteten, und wie ihre Lippen glühten; ein Schauer ging durch die Gestalt der jungen Frau, und ihre Augen hingen unverwandt an dem Gatten. Auf seinem Antlitz lag es wie Verklärung, und er lachte und plauderte fast übermütig mit Herta, die in strahlender Laune war und verführerisch lächelnd in den Polstern des Wagens lag.

Der dunkle Saft ihres Kleides paßte gut zu dem helleren Seidenstoff der schwellenden Polster und zu der schimmernden Haarpracht, die heute in wirren Locken tief in den Nacken fiel. Der rotgefärbte Spitzenschirm warf einen jartroffenen Schein auf den unvergleichlich liebreichen matten Teint und verließ ihm in diesem Augenblicke eine fast mädchenhafte Frische.

Da stürzte unerbittlich Arvin mit dröhnenden Schritten an der jungen Frau vorbei, die halb von den schweren Vorhängen verborgen wurde. Jetzt hörte sie ihn die breite Treppe hinunterpoltern, und gleich darauf stand er atemlos an dem Wagen.

Er war noch im bequemen Jagdrock, den er im Hause zu tragen pflegte, doch das fürte ihn nicht. Er machte eine ironische Verbeugung und schwang sich ungenert in den Wagen. Die Majorin blickte wie versteinert.

„Verzeihung, meine Gnädigste,“ klang seine Stimme laut, „ich hätte beinahe vergessen, daß ich auch eine sehr

wichtige Depesche in 3. zu versorgen habe. Sie müssen sich also schon meine unbequeme Gegenwart gefallen lassen.“

Die Majorin war bis in die Lippen erbläst, ein Strahl unverdrossenen Grimmes brach aus ihren Augen und entstellte ihr schönes Gesicht; wortlos lehnte sie sich zurück und hielt sich den Schirm dicht vor das Gesicht.

Aber Ulrichs Züge glitt ein humorvolles Lächeln, sorgfältig schloß er den Schlag und stieg — zum Aufsteher auf den Bock, einen heißen, ärtlichen Blick zu dem Fenster hinaussendend, an dem Ritas Gestalt gleich einem Schatten sichtbar war, und unter dem sie in selbigem Entzücken wie eine Rose erglühte.

Endlich einmal allein, und unbeobachtet, welche unaussprechliche Wohltat. Rita atmete auf wie erlöst; wie schwer war es ihr in den letzten Wochen geworden, befländig eine Maske zu tragen.

Nun stieg sie in ihr kleines Turmzimmer hinauf. Hier, wo sie oft in Ausbrüchen bitterster Verzweiflung geweint, wo sie so oft in grenzenlosem Weh die Hände gerungen, hier wollte sie auch die ersten wohnigen Glücksträume für eine rosige Zukunft spinnen.

Verklärten Antlitzes kniete sie vor des Vaters Bild nieder.

„Väterchen,“ stammelte sie unter heißem Erröten mit süß verschämtem Lächeln, „er liebt mich, und ich werde noch glücklich werden.“

Und strahlenden Blickes schaute sie dann in den Spiegel, als müsse sie noch auf ihren Lippen die Spuren seines leidenschaftlichen Kusses gewahren, den sie noch immer zu fühlen meinte.

Der Tag neigte sich, eine drückende Schwüle herrschte, die das Atmen ordentlich erschwerte. Rita durchwanderte den Park, das Herz bewegt von tausend widerstrebenden Gefühlen, von bangem Hoffen und sonnigen Glück. Wenn er jetzt heimkehrte, was dann?

In ihren Schläfen hämmerte es zum Zerpringen und ihr Herz klopfte.

Endlich kam sie an den See, welcher vom Park durch einen dichtbelaubten Heckengang getrennt wurde. Hier war es wunderbar kühl, ein erfrischender Hauch wehte über das Wasser. (Fortsetzung folgt.)

der Beihilfe und Anstiftung angeklagte Buchhalterin Frau Martha, verw. Sander, mußte mangels Beweises freigesprochen werden. Krause hat gegen das Urteil, soweit es ihn betrifft, Berufung eingelegt, ebenso die Staatsanwaltschaft gegen den Freispruch der Frau Sander. Krause hat den Allianz-Versicherungskonzern nach und nach um 33 000 Mark betrogen; er behauptete, er habe der Frau Sander, die um die Betrügereien gewußt habe, 7000—8000 Mark von diesem Gelde abgegeben, was von dieser aber energisch abgelehnt wurde.

**Dresden.** (300 Millionen Mark sächsische Spareinlagen.) Nach dem Reichsamt für Statistik belief sich Ende November der Bestand an Einlagen bei den öffentlichen Sparkassen Sachsens auf 292,6 Millionen Reichsmark. Die Steigerung hatte im November die Höhe von 6,1 Millionen gegenüber 8,6 im Oktober. Inzwischen dürfte bei zwar niedrigem Dezemberzugang, jedoch erhöhten Januareinzahlungen und Zinszuschreibungen die 300-Millionen-Grenze erheblich überschritten sein. Der Bestand an Giro- usw. Einlagen im sächsischen Giroverkehr belief sich Ende November auf 267,6 Millionen gegenüber 263,7 Millionen Ende Oktober und 256,7 Millionen Ende September; es ist also auch hier in den letzten Monaten ein ständiger Anstieg festzustellen.

**Dresden.** (750 Begnadigungen.) Man erfährt aus amtlicher Quelle, daß in Sachsen auf Grund der Hindenburg-Amnestie bisher rund 750 Personen begnadigt worden sind. Die Zahl der Begnadigungen dürfte sich aber wahrscheinlich noch weiter erhöhen.

**Dresden.** (Ausstellungseröffnung.) Am Sonnabend fand im Kunstausstellungsgebäude Rennstraße im Beisein zahlreicher Vertreter der Staats-, Stadt- und Medizinalbehörden, der Ärzteschaft, der Reichswehr und der Presse die offizielle Eröffnung der vom Deutschen Hygienemuseum veranstalteten Ausstellung „Die Geschlechtskrankheiten und ihre Bekämpfung“ statt.

**Dresden.** (Zum sächsischen Etat.) Das hiesige linkssozialistische Organ will erfahren haben, daß der sächsische Etat im Gesamtabwärtigen bereits angenommen worden sei. Es weiß sogar von lebhaften Auseinandersetzungen zwischen zwei Ministern zu berichten. Wie von autoritativer Seite mitgeteilt wird, ist diese Meldung in allen Teilen unrichtig. Der neue Etat ist im Gesamtabwärtigen überhaupt noch nicht zur Verhandlung gekommen.

**Dresden.** (Noch keine Einigung in der sächsischen Hüttenindustrie.) Nachdem bereits in den letzten Tagen in einzelnen Betrieben der sächsischen Hüttenindustrie unterbindliche Besprechungen zwischen den Werkleitungen und den Betriebsräten über die Durchführung des vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärten Schiedsspruches vom 29. Dezember 1927 stattgefunden hatten, traten die beiden Tarifparteien der sächsischen Hüttenindustrie erneut zusammen, um über die Beilegung der noch strittigen Punkte zu verhandeln. Die Verhandlungen wurden jedoch ergebnislos abgebrochen, da die Arbeitgeberseite nach wie vor auf ihrem ablehnenden Standpunkt bleiben und die Arbeitgebervertreter dabei keine Möglichkeit zur Weiterführung der Verhandlungen sehen. Es handelt sich um die Frage der Sonntagsarbeit und der neunten Stunde bei den sogenannten kalten Holzwerken, deren Regelung durch den Schiedsspruch die Gewerkschaften nach wie vor für gescheitert erklären.

**Birma.** (Rindertragodie.) Der Realschüler Reeh im Stadtteil Cobitz hatte unter dem Dache einen Revolver gefunden und forderte seinen Mitschüler Mohr auf, mit ihm Spazieren zu gehen. In der Meinung, daß der Revolver nicht geladen sei, zielte Reeh im Scherz auf Mohr, es löste sich ein Schuß, der den Schüler Mohr tödlich traf. In der Verzweiflung über den Ausgang seines Scherzes schloß sich der unglückliche Schütze eine Kugel in den Mund und war sofort tot.

**Wernsdorf.** (Eiserne Hochzeit.) Im nahen Schönbüchel feiert in diesen Tagen das Ehepaar Dominik Wischal das fette Fest der eisernen Hochzeit.

**Werdau.** (Unerwünschte Hilfe.) Ein hiesiger Einwohner, dem das späte Nachhausekommen seiner Tochter mißfiel, traf das Mädchen mit einem Herrn auf der Straße stehend nachts an. In seiner Wut ohrfeigte er seine Tochter an Ort und Stelle. Dies hatte ein in der Nähe stehender Handwerker beobachtet. Dieser nahm an, daß das Mädchen ohne Grund von einem Fremden geschlagen würde, sprang hinzu und schlug auf den Vater ein. Die Polizei machte dem unliebsten nächtlichen Austritt ein Ende.

**Königsbrunn.** (Vierteljahrtausendfeier.) Bei einer Zusammenkunft der Königsbrunner Tischlerinnung sollte das hundertjährige Bestehen gefeiert werden. An Hand von Überlieferungen und alten Akten wies jedoch Justizamann Hübschmann in einem interessanten Vortrage nach, daß die Innung bereits im Jahre 1684 gegründet wurde, also im Jahre 1934 auf ein 250jähriges Bestehen zurückblicken kann. Man mußte also auf die Hundertjahrfeier zugunsten der in sechs Jahren stattfindenden Vierteljahrtausendfeier verzichten.

**Bautzen.** (Wahlkreisvertretertag der Deutschen Volkspartei Ost Sachsens.) Die Deutsche Volkspartei Ost Sachsens hält am Sonntag, den 29. Januar, in Bautzen ihren diesjährigen Wahlkreisvertretertag ab. Den Bericht über die reichspolitische Lage wird Reichsminister a. D. Dr. Heinze, den Bericht über die politische Lage in Sachsen Staatsminister a. D. Dr. Bünzger erstatten.

**Erfenberg.** (Ein gefährliches Spiel.) Ein junger angetrunkenen Gewerbetreibender aus Erfenberg schloß in der Nacht auf der Straße zwischen Greiz und Erfenberg fortgesetzt aus seinem Revolver, ohne glücklicherweise jemand zu treffen. Bei seiner Festnahme gab er an, er habe sich die Waffe gekauft, um mißlicher Liebesverhältnisse wegen Selbstmord zu begehen. Er habe sich zunächst im Schießen geübt.

**Löbau.** (Kirchenmusikdirektor.) Das Evangelisch-lutherische Landeskonsistorium hat dem Oberlehrer und Organisten Thomae, der schon lange dem Superintendenten in kirchenmusikalischen Fragen mit Rat und Tat zur Seite stand, als Sachverständigen für Kirchenmusik im Bezirke der Eparchie Löbau die Dienstbezeichnung „Kirchenmusikdirektor“ beigelegt.

**Tetschen.** (Hochwassergefährde und Eisgang auf der Elbe.) Das anhaltende Tauwetter hat ein außerordentliches Steigen der Elbe zur Folge gehabt. Große Eismassen von der oberen Elbflutstraße sind in Bewegung und trafen auf das gleich einem starken Panzer festliegende Eis bei Toppfowig und haben sich dort zu wahren Eisbergen zusammengeschoben. Da die Elbe von Rosowitz bis Herrnkreisichen vollständig mit mehrere Meter tiefem Padeis angefüllt ist, kann auch in den nächsten Tagen mit einem Abwimmern der Eismassen kaum gerechnet werden.

### Lärmfzenen im Dresdener Rathaus.

Bei der Wahl des Stadtordnungsrichters. In der letzten Sitzung des Dresdener Stadtordnungsrichterkollegiums erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Der bisherige erste Vorsteher Stadtv. Böllisch (Soz.) wurde durch Zuzuf einstimmig wiedergewählt. Auch der zweite Vorsteher Stadtv. Müller (Dtn.) und der dritte Vorsteher Stadtv. Hoff (D. Vp.) wurden wiedergewählt. Aus der Wahl der Beisitzer gingen hervor Stadtv. Runsch (Wirtschaftl.), Gabel (Rom.), Kösch (Soz.) und Biebrach (Kf.). Bei der Beratung eines kommunistischen Dringlichkeitsantrages über einen Antrag im Heim des Magdalena-Hilfsvereins kam es wieder einmal zu Ständalzen. Der kommunistische Antragsteller teilte mit, daß der Anstaltsdirektor Pfarrer Schmidt ein 17jähriges Mädchen hinter verschlossener Tür über einen Stuhl gelegt und mit einem Rohrkolben auf das nackte Gesicht geschlagen haben solle. Stadtrat Richter gab als Ergebnis der geführten Untersuchung bekannt, der Direktor habe dem Mädchen, weil es andere Fassungen des Heims unästhetisch befand, ohne ihre Kleider zu verändern, einige Schläge gegeben. Auf einen Zuzuf von kommunistischer Seite: „Das kann nur ein Schweinepriester!“, entgegnete der deutsche nationale Stadtorordnete Paul: „Oder ein Kommunist!“ Darauf erhob sich in den Reihen der Kommunisten großer Lärm und man traf Anstalten, den Stadtorordneten Paul tüchtig anzugreifen. Paul erklärte zwar, er habe sich durch den Zuzuf eines Kommunisten in seinem religiösen Empfinden verletzt gefühlt und mit seiner Erwidrerung sein Mitglied des Hauses erwähnt; aber die Kommunisten kündigten an, daß sie den Stadtorordneten Paul künftig nicht mehr reden lassen würden, wenn er seine Äußerung nicht zurücknähme. Es wurde dann der kommunistische Antrag angenommen, den Vertrag der Stadt mit dem Magdalena-Hilfsverein zu lösen und ein Disziplinerverfahren gegen den Anstaltsdirektor bei der vorgesetzten Behörde zu verlangen.

### Ein Heiratschwindler von Formau.

Herr „Oberingenieur a. D. Ludwig Schröder, Vertreter industrieller Werke in Leipzig“, stand unter der Anklage des Betruges und des Heiratschwindels vor dem Leipziger Schöffengericht. Das Gericht konnte ihn als einfachen, im Jahre 1880 zu Frankfurt a. M. geborenen Monteur Ludwig Schröder, denn er hatte wegen Delikte gleicher Art, wie sie ihm heute zum Vorwurf gemacht wurden, schon mehrfach vor Gericht gestanden. Schröder hat sich mit Frauen bekanntgemacht, hat in der heimlichen Heiratschwindel üblichen Weise ihnen die Heirat versprochen und hat sie dann angepömpelt. Eine dieser Frauen gab ihm 7000, eine 300, eine 500 Mark und bei einer ist es beim Versuch geblieben. Die Frau, die 7000 Mark gegeben hatte, wollte eines schönen Tages kein Geld mehr herausdrücken, da

er sie eine Pistole und drohte die Frau zu erschließen; darauf erhielt er wieder Geld. Das Gericht verurteilte ihn wegen Betruges in drei Fällen, wegen versuchten Betruges und wegen unbesugten Passenbesitzes sowie wegen Verhinderung zu der sehr milden Strafe von einem Jahr drei Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrenrechtsverlust.

### Börse und Handel.

#### Amstliche sächsische Notierungen vom 16. Januar 1928

**Dresden.** Bei schwachem Wochenbeginn verloren Bankwerte bis zu 2,5 Prozent mit Ausnahme der Bank für Bauten. Maschinenwerte oben bis auf Gebler und Union Diehl etwas nach. Brauereien waren lebhaft gehalten. Frühere Verluste hatten Dürsch (4,1 Prozent), Dittendorfer (5,6 Prozent), Polypbon war dagegen erneut 8 Prozent höher. **Leipzig.** Für Spezialwerte herrschte hier etwas Interesse. Polypbon gewannen 11,25 Prozent, Banken verloren bis zu 3 Prozent, Harpener 5 Prozent, Leipziger Feuer 4 Prozent. Renten gut bebauptet.

**Leipziger Produktendörse.** Weizen, inf., 74% Rg., 238 bis 246; Roggen, inf., 70 Rg., 245—253; Sandroggen, 71 Rg., 250 bis 258; Sommergerste, inf., 235—240; Wintergerste 235—254; Hafer, inf., 210—230; Mais, amer., runder, 222—226; Mais, Cinquantin, 228—234, alles ruhig; Weizen 310—355, still; Erbsen, Victoria, 400—500, still.

**Leipziger Viehwirtschaft.** Auftrieb: 771 Rinder, darunter 93 Ochsen, 248 Kühe, 165 Fähe, 65 Färsen; 327 Rinder, 809 Schafe, 2752 Schweine, zusammen 4659 Tiere. Verkauf: bei Rindern schlecht, bei Rälbern mittel, bei Schafen und Schweinen langsam. Preise: Ochsen: a) 57—60, b) 50—56, c) 42—49, d) 35—41, e) 25—34; Kühe: a) 56—58, b) 50—55, c) 40—49; Rälber: a) 48—53, b) 38—47, c) 30—37, d) 25—29; Färsen: a) 57—60, b) 45—56; Rälber: a) —, b) 73—76, c) 68—72, d) 60 bis 67, e) 50—59; Schafe: a) und b) 56—61, c) 45—54, d) 35 bis 44; Schweine: a) und b) 55, c) 53—54, d) 50—52, e) 47—49, f) 40—46; Säuen: 52—54.

#### Amstliche Berliner Notierungen vom 16. Januar.

\* **Devisendörse.** Dollar 4,19—4,20; engl. Pfund 20,45—20,49; holl. Gulden 169,13—169,47; Danz. 81,76 bis 81,92; franz. Franc 16,49—16,53; Schweiz. 80,78 bis 80,94; Belg. 58,46—58,58; Italien 22,19—22,23; Schwed. Krone 12,45—12,45; dan. 112,38—112,60; norweg. 111,56 bis 111,78; tschech. 12,43—12,45; österr. Schilling 59,07 bis 59,19; poln. Zloty (nicht amstlich) 46,99—47,18; Argentinien 1,790—1,794; Spanien 72,02—72,16.

\* **Produktendörse.** Allgemein wird der Anfang der Schiffsahrt erwartet, der bis jetzt erst einzeln erfolgt ist. Die Geschäftsbewegung ist abwartend, zumal dem Auslands für Weizen feinerer Artregung und kaum eine nennenswerte Veränderung der Preise vorliegt. Vom Inlande sind namentlich die geringen Sorten wieder mehr offeriert und in Waggonabladung läßt sich neben den guten Sorten auch mittlere und geringere Ware verkaufen. Für Roggenabladung ist namentlich aus der Magdeburger Gegend manches offeriert und gehandelt. Im Getreidegeschäft heften sich die Preise eine Kleinigkeit niedriger. Weiteres ist auch für Roggen der Fall. Aus dem Inlande kommt genügend Material heraus, für welches bis jetzt meist im Waggonverkehr die Umsätze erfolgen. Von Ostpreußen ist gute Ware sod Rälber mehr angeboten. Gerste in guter Brauqualität und bieder Futterware gefragt, sonst still. Hafer ist mehr in geringen Sorten als in den gestrigen besseren Qualitäten offeriert. Nach der Rüste und im Westen zeigt sich mehr Absatz als hier. Mais vom Anlande leßt. An den Rüstplätzen hat sich das Geschäft gemehrt. Leßt andauernd ruhig.

#### Kirchennachrichten Raunhof.

Mittwoch, den 18. Januar, abends 8 Uhr Versammlung des evang. Jungfrauenvereins im Konfirmanden-Saal.  
Donnerstag, den 19. Januar, abends 8 Uhr Bibelbesprechend im Konf.-Saal: Bekehr. Kap. 3.

Verantwortl. Schriftf. Robert Glog. Druck und Verlag Glog & Co., Raunhof.

**Morgen Mittwoch Schlachtfest.**  
Von 4 Uhr an frische Würst  
Otto Globig, Grimmaer Str.  
Gesucht für 8 Wochen sonniges  
**Zimmer**  
mit 2 Betten, Küche in Raunhof od.  
Umg. D. G. a. d. Exp. ds. Bl.

**Offene Stellen Stellenwechsel**  
**Stellen-Vermittlung**  
für alle besseren weiblichen Berufsarten in Haus,  
Familie, und Schule (auch für männliche Berufe)

Die Anzeigen-Nachnahme für das bekannte Familienblatt  
**„Daheim“**  
das über ganz Deutschland und angrenzende Gebiete stark verbreitet ist  
und Angebot und Nachfrage rasch und sicher zusammenführt, befindet  
sich in unserer

**Geschäftsstelle.**  
Das Publikum hat nur nötig, die Stellen-Anzeigen (Angebote oder Gesuche), Pensions-Angebote und Gesuche usw., bei uns abzugeben und die Gebühren (kein Aufschlag) zu entrichten. Die Expedition erfolgt prompt und vertraulich, ohne Spesen für den Besteller, dem wir damit jede weitere Mühewaltung abnehmen.  
Die Anzeigenpreise im Daheim sind im Vergleich zur großen Auflage niedrig und betragen gegenwärtig für die einseitige Druckzeile (1 Silben) für Stellen-Angebote 90 Pfg., Stellen-Gesuche 70 Pfg., übrige kleine Anzeigen R. M. 1,10.  
Wir empfehlen, die Anzeigen möglichst frühzeitig anzugeben.  
Die Geschäftsstelle der  
**Nachrichten für Raunhof.**

**Prima Masthammelfleisch**  
empfiehlt Otto Wilhelm Rebel  
Telefon 53 Fleischermeister Markt 8

**Der Stahlhelm**  
Jahreshauptversammlung  
Mittwoch, den 18. Januar, abends 8,30 Uhr „Goldener Stern.“  
Pflichtveranstaltung.  
Verpflichtung der neuangeleiteten Kameraden, Neuwahlen. D. V.

**Wegen Krankheit**  
verpachte mein  
gutgehendes Geschäft  
in Raunhof, nachweisb. gute Lage  
Angeb. u. J. 30. a. d. Exp. ds. Bl.

**Für sofort oder 1. Februar Hausmädchen gesucht**  
von jüngerem Ehepaar.  
Angebote unter „D. 350“ an die Expedition dieses Blattes.

Der lezt zur Ausgabe gelangende Buch-Roman  
belleilt sich  
**„Die andere Generation“**  
von S. Schneider-Jörsil.  
Der Roman ist illustriert.  
Aus dem Inhalt: Wie schon aus dem Titel unschwer zu schließen ist, stellt S. Schneider-Jörsil in ihrem neuen Roman den Jungen die Alten gegenüber und umgekehrt. Sie gibt in diesem Roman ein Bild unserer Zeit und zeigt, wie wir mit Alten und Jungen wohl unsere Pflicht tun, wie wir über das Menschengeschehen und Menschenleben doch letzten Endes dem Leben überlassen müssen, das immer wieder und im ewigen Gleichmaß — andere Generationen werden läßt.  
Der Roman ist sehr spannend geschrieben und eine meisterhafte Schilderung vielseitigen Geschehens. Bestellungen erbitten wir an unsere Austrägerin oder die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Unzählig unserer am 13. 1. 28 festgefundenen goldenen Hochzeit sind uns so überaus zahlreiche Glückwünsche, Spenden in Blumen u. s. w. übermitteln worden, daß es uns nur auf diesem Wege möglich ist, unsern tiefgefühltesten Dank auszusprechen. Auch für das dargebrachte Glückwünschen unsern herzlichsten Dank.  
Raunhof im Januar 1928  
**Silmar Bestler u. Frau.**

**Rechtsanwalt**  
Dieses Blatt ist  
Erste  
Seite  
1.50  
Betre  
**Nummer**  
Preis, den  
Goldhof, Hamb  
ischken und 4  
versteigert werde  
Grimma, am  
D.  
**Lebensf**  
Die nich  
setzungen zw  
büfrie und d  
Dr. Mulert, f  
den letzten Za  
halten. Er ist  
sänlichkeit, die  
tretenen Inter  
Gedanken und  
heit, da in Ve  
mal dazu, ei  
tischen A  
geben. Dabei  
Kommunen all  
essen in den g  
vertreten. An  
Stimmung, a  
Lager, vor a  
Wirtschaft, sch  
nale Steuerver  
Unrecht. Ober  
munale Anteil  
interessante V  
Schuldung aller  
nur 500 Millio  
von den Riese  
lichkeit spricht  
einen geringen  
man den R  
denen mit über  
munale Gesam  
auf etwa 700  
ders nicht gefa  
einen weiteren  
liegend erklä  
ratungsstelle fi  
ein Vertreter  
langen, das m  
rechtig halten  
trag einer Kom  
nehmen, in die  
Ein beson  
Guns und Hof  
Spa r a m a h n  
daß den Mah  
den Kommuner  
verschärft wor  
übrigens name  
tragen. Aber  
gedanke —: je  
Zwang von o  
S e l b s t v e r a  
den. Diese S  
stärkere Eins  
Betätigung, so  
gaben anbelan  
rungen der L  
brennend inter  
einstellig gefe  
seiner Einstellu  
Verwaltungs-  
u n t e n , also E  
Das ist nur zu  
gleichzeitig auch  
eine ist richtig:  
Reform ist kl  
wirtschaftlichen  
rischen Zuständ  
Träger dieser F  
fähig sein. Das  
L a n d k r e i s e  
Leistungsfähige  
darin gibt dem  
merkwürdiger, k  
soll man hier o  
wordenes auch  
schreden und  
Lebensfähigkeit,  
aussetzungen zu  
ihrer unbedingt  
**Grüne**  
Ernen  
Die Verhan  
tretenden Dr. G  
einer einseitig  
fann. Man erw  
den nächsten Ta  
maligen Genera  
verkehrsminister  
General G